**Bezugsgebühr**
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.73.
Annahme von Ankündigungen:
Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (eingesandt) 40 Pfg., Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 2c. bez. 20 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
**Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.**

# Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

**Julius Beutler,** Dresden, **Wallstr. 15,**
empfiehlt in grösster Auswahl:
**Eiserne Oefen** und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

(D. R.-P.)
**Thüre zu!**
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser
**Thürschliesser.**
**80,000 St. im Gebrauch.**
Prospecte gratis u. franco.
**Curt Heinsius,**
Königl. Sächs. Hoflieferant,
**Dresden-N.,**
Karlstrasse, Ecke Tieckstr.
(Fernsprechamt II, Nr. 2060.)

**Edeltannenduft,**
höchst angenehmes, ozonisirendes Zimmerparfüm, Fl. 1 Mk.
**Franzbranntwein,** echt, mit und ohne Salz, Flasche 75 Pf. bis Mk. 1.50.
**Prompter Versandt nach auswärts.** **K. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.**

Billigst! **Lager-Cartons** Prompt!
Neuanfertigung u. Reparaturen
**Fr. Birkenbusch Nachf.**
DRESDEN, Reitbahnstr. 23.

**R. Beyer** Papier-Fabrik-Lager
Papier-Grosshandlung **Am See 16**
**Grösstes Lager** aller Sorten **Pappen** und **Packpapiere.** Formate und Rollen in allen Grössen. **Schreib-, Post-, Druck-** und **Umschlag-Papiere. Imitirt. — fettdicht — echt — und Butter-Pergament. Weisse** und **farbige Seidenpapiere.**
Gelegenheitsposten. — Billigste Preise. — Prompteste Bedienung.

**Schwerhörigen** halte meine Hörrohre verbesserter Art in über 60 verschiedenen meist Eigenconstructionen für jeden Grad von Schwerhörigkeit passend, empfohlen. **Carl Wendschuch,** Königl. Hof-Lieferant, **Struvestr. 11.**

**Nr. 22. Spiegel:** Debatten des preuß. Abgeordneten-Hauses. Hofnachrichten. Landesmedizinalbericht. Prof. Bürkner †. Amtliche Bekanntmachungen. Gerichtsverhandlungen. Nicode-Concert. Ressource-Concert. | Muthmaßliche Witterung: Schw. Schneefall, abn. Frost | **Freitag, 22. Jan.**

## Für die Monate Februar und März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

**Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",**
**Marienstraße 38, Erdgeschoß.**

### Politisches.

Der Schwerpunkt der parlamentarischen Verhandlungen liegt zur Zeit im preußischen Abgeordnetenhause. Im Reichstage wetteifern die beiden führenden Parteien, Centrum und Sozialdemokratie, mit einander, die Interessen ihrer Fraktionsdemagogie durch Reden, die sie durch die Fenster des leeren Hauses hinaus halten, zu fördern. Die ganze „Arbeit", die in dem Prachtpalaste am Königsplatze seit Wiederaufnahme der Geschäfte verrichtet wurde, ist absolut werthlos. Statt der Brennpunkt des nationalen Lebens zu sein, die Stätte, wo das nationale Empfinden und das Einheitsgefühl des deutschen Volkes, der politische Gemeinsinn und die Richtung auf das Gesammtwohl der Nation durch deren Vertreter zu vollem Bewußtsein gebracht werden, ist der Reichstag in seiner Bedeutung so weit herabgesunken, daß es fünf Sechstel der Volksboten selbst für angemessen erachtet, beharrlich zu streiken. Anders am Dönhoffsplatze in Berlin. Hier haben die Vertreter der Bismarck'schen Politik, die ehemaligen Kartellparteien, die sichere Mehrheit; hier wird nationale Politik im großen Stile getrieben, hier wird debattirt und kritisirt, so wie es einer Körperschaft, die der Repräsentant des Volkswillens sein will, würdig ist. Daher durfte mit Recht der preußische Kultusminister von dem vornehmen und großen politischen Niveau sprechen, auf dem sich die Etatsdebatten des preußischen Abgeordnetenhauses halten. In herzerfrischender Weise befolgen die Vertreter des preußischen Volkes die Mahnung des Fürsten Bismarck, das nationale Orchester durch rege Antheilnahme an den Reichsangelegenheiten zu verstärken. In dem Parlamente des größten deutschen Einzelstaates sind in diesen Tagen alle Fragen erörtert worden, die in letzter Zeit in hervorragendem Maße das öffentliche Interesse in Anspruch genommen haben: der Prozeß Leckert-Lützow, die Börsenfrage, die Reichsfinanzpolitik, die Marineforderungen, die Bäckereiverordnung, die Reorganisation des Handwerks 2c. Das sind durchweg Angelegenheiten, die in erster Linie vor das Forum des Reichstags gehören; aber um ihnen eine Behandlung zu sichern, die der in den nationalen Kreisen herrschenden Stimmung entspricht, haben sich die konservativen Fraktionen und die Nationalliberalen für berufen gehalten, im preußischen Landtage diese Themata zu rechter Zeit und zwar bevor noch z. Th. der Reichstag unter der Führung der klerikalen und sozialrevolutionären Demokratie zu Worte gekommen ist, in den Bereich der Verhandlungen zu ziehen. Auch die Regierung zollt den Landtagsdebatten die volle Werthschätzung, die ihnen zukommt, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob ihren Vertretern eine Aussprache über grundsätzliche politische Fragen hier im Landtage weit willkommener wäre, als im Reichstage, wo sie vor Allem durch die Rücksichtnahme auf das Centrum, das sich dort noch immer als Stütze der Regierung fühlt und als solche auch wohl noch behandelt werden muß, zu einer mehr reservirten Haltung bestimmt werden. Im Reichstage ist die Regierung in letzter Zeit fast ausschließlich durch Herrn von Bötticher vertreten worden. Es ist dies einigermaßen bemerkenswerth. Der Herr Vicekanzler und Staatssekretär des Innern gehört zweifellos zu den begabtesten Mitgliedern der Berliner Regierung; aber die Art, wie er diese Begabung in den letzten sechs Jahren zu bethätigen suchte, hat den ungetheilten Beifall der nationalen Parteien nicht finden können. Denn weder durch Worte noch durch Thaten hat er sich als der letzte Vertreter des Bismarck'schen Regiments bewährt, als der Vertreter jener unerschöpflichen nationalen Kraftfülle, jener Energie, Einheit und Folgerichtigkeit, wie sie die Regierung des alten Kurses auszeichnete. Es ist charakteristisch, daß er sich seit dem Rücktritte des Fürsten Bismarck fortgesetzt eines gewissen Wohlwollens der Sozialdemokraten zu erfreuen hat. Das Centralorgan der Umsturzpartei sagte dieser Tage von ihm, daß er unzweifelhaft ein sehr liebenswürdiger und sehr gewandter Mann sei, der sich auch in manche der vielen Materien, die er behandeln muß, recht gut hineingearbeitet habe. Er sei stets verbindlich und höflich und könne nicht schroff Nein! sagen. Von den Sozialdemokraten, wenn auch nur in bedingter Art gelobt zu werden, gereicht keinem deutschen Staatsmanne zur Empfehlung.

Den Höhepunkt erreichten die Etatsdebatten des preußischen Abgeordnetenhauses in den Auslassungen des Kultusministers Dr. Bosse zur Polenfrage. Während die Erklärungen, die am Dienstag der Reichskanzler Fürst Hohenlohe abgegeben hatte, die Zustimmung der demokratischen Linken ernteten, hatte die Rede Bosse's den lebhaftesten Beifall der rechtsstehenden Parteien. Die Polen zischten, das Centrum schwieg. Da der preußische Ministerpräsident am Tage zuvor versichert hatte, daß in allen politischen Grundanschauungen vollkommene Uebereinstimmung in dem preußischen Ministerium bestehe, so muß man annehmen, daß der preußische Kultusminister im Auftrage der gesammten Regierung gesprochen hat. Das ist recht erfreulich. Denn die rückhaltlose Entschiedenheit mit der er den Willen der Regierung bekundete, den deutschfeindlichen, nationalpolnischen Bestrebungen wirksam entgegenzutreten, wird einen vollkommen befriedigenden Eindruck selbst auf Diejenigen machen, die seit Jahren die Rückkehr zur Bismarck'schen Politik gefordert haben. Der deutschnationale Gedanke war der Grundton der Bosse'schen Rede. Er hatte den Muth, das aggressive Vorgehen der Polen als ein revolutionäres zu brandmarken, das das deutsche Gefühl mit der tiefsten Entrüstung erfüllt und deren thatkräftige Abwehr sich als einfache Pflicht und Schuldigkeit der Regierung ganz von selbst verstehe. „Wir werden", sagte er, „ungesetzliches Vorgehen mit allen gesetzlichen Mitteln unnachsichtig bekämpfen und die Autorität des Staates jedem gegenüber wahren, der unsere heiligsten Güter anzutasten wagt. Weder sentimentale, noch provokatorische Redensarten werden uns davon abhalten." Das sagte der Minister gegenüber der revolutionären Propaganda der Polen. Wir wünschten, daß eine so herzerfrischende Willensstärke vom Regierungstische auch endlich gegenüber der Sozialdemokratie bekundet würde, deren Bestrebungen mit derselben unerbittlichen Energie bekämpft werden müßten, wie sie mit den angeführten Worten zur Abwehr des revolutionären Polonismus in Aussicht gestellt wird. Was den Eindruck der Erklärungen des preußischen Kultusministers noch verstärken muß, ist die wiederholte nachdrückliche Betheuerung, daß die Regierung ohne Schwankungen, ohne Furcht und Scheu, zielbewußt und unbeugsam ihren pflichtmäßigen Weg zur Bekämpfung der nationalpolnischen Agitationen gehen werde. „Es gehört dazu," so schloß Bosse seine Rede, „eine feste thatkräftige Hand, die sich nicht in's Bockshorn jagen läßt." Hoffen wir, daß nun endlich einmal wenigstens auf einem Gebiete, auf dem der Polenpolitik, jener energische und einheitliche Regierungswille bekundet wird, der seit 1890 so schmerzlich vermißt worden ist und der auch noth thäte gegenüber den antinationalen Bestrebungen der Centrumsdemagogie und der Sozialdemokratie.

Die ultramontanen Polenfreunde schwiegen zu der Rede des preußischen Kultusministers. Sie wagten nicht einmal ihr Mißfallen zu äußern, obwohl sie die weit zahmer und vorsichtiger gehaltene Antwort, die vor wenigen Tagen der preußische Minister des Innern ihrer Poleninterpellation ertheilt hatte, mit Zischen begrüßt hatten. Vielleicht hat sie die kraftvolle, von nationalem Geiste getragene Sprache des preußischen Kultusministers ein wenig eingeschüchtert. Ist dies wirklich der Fall, so würde es ein beachtenswerther Fingerzeig sein, daß man in Zukunft doch besser thäte, das Centrum, das die revolutionäre Propaganda des Polonismus von jeher gehegt und gepflegt hat, künftighin weniger zart und rücksichtsvoll zu behandeln als bisher.

**Fernschreib- und Fernsprech-Berichte** vom 21. Januar.

— Dresden. Die Stadtverordneten haben in ihrer heutigen Sitzung dem Ortsgesetz über die Einverleibung von Pieschen und Trachenberge mit dem 1. Juli 1897 mit einer geringen Abweichung gegen 19 Stimmen zugestimmt.

Berlin. Reichstag. Die Berathung des Etats des Reichsschatzamts wird fortgesetzt. — Abg. Hitze (Centr.): Das Verhalten des Bundesraths in Sachen des Quebrachoholzzolls habe im Lande vielfach enttäuscht. Schlimmsten Falls müsse man seine Hoffnung auf den Ablauf der Handelsverträge nach 7 Jahren setzen. Das Interesse sowohl der Eichenschälwaldung-Besitzer, wie auch der kleinen Gerbereien, verlange dringend den Quebrachoholzzoll. Eigentlich müsse durch das Gesetz bestimmt werden, daß nur dasjenige Leder als Leder bezeichnet werde, welches mit Lohe gegerbt sei. Den Gerbern sei zu rathen, einen Schutzverband zu gründen, durch den sie sich verpflichten, das mit Lohe gegerbte Leder als solches durch ein äußeres Merkmal kenntlich zu machen. — Abgg. Gerstenberger (Centr.) und Hilpert (bayer. Bauernbund) plaidiren ebenfalls für den Quebrachoholzzoll im Interesse der kleinen Gerbereien und zum Schutze derselben gegen die norddeutschen großen Gerbereien. — Abg. Fischbeck (freis. Ver.) äußert im Gegensatz dazu seine Genugthuung über die Erklärung des Schatzsekretärs. Was das Interesse der kleinen Gerber an dem Zoll anlangt, so verweist er darauf wie viele Gerbereien beispielsweise in Schleswig-Holstein bestünden, die sich dem neuen Verfahren zugewendet hätten und dabei sehr gut konkurriren könnten. Unsere Lederexportindustrie würde durch den Zoll schwer geschädigt werden. — Schatzsekretär Graf Posadowsky: Wirksam lasse sich den Eichenschälwaldung-Besitzern durch einen Quebrachoholzzoll doch nicht helfen, denn alsdann würden statt des Quebrachoholzes die bis zu 80 Proz. gerbstoffhaltigen Extrakte eingeführt werden. Auf das Einverständniß der Vertragsstaaten, auch auf diese Extrakte einen hohen Zoll zu legen, sei nimmer zu rechnen, gelänge das aber doch, dann würde vom Auslande das mit Quebracho gegerbte Leder hereinkommen und dagegen gebe es für die Dauer der Verträge keinen Schutz. Seien die Verträge erst einmal abgelaufen, dann würden die verbündeten Regierungen auch diese Frage ernst prüfen. — Abgg. v. Jagow und v. Saltisch (kons.) und Freiherr v. Stumm (Reichsp.) treten für den Quebrachoholzzoll ein. Die Abgg. Becks (freis. Volksp.) und Barth (freis. Ver.) bedauern die heutige veränderte Stellungnahme des Schatzsekretärs in der Quebrachoholzfrage. — Schatzsekretär Graf Posadowsky: Wenn eine große Majorität dieses Hauses einen Schutz dieser Frage verlangt, so versteht sich doch von selbst, daß wir diese bei Abschluß der Handelsverträge ernst prüfen. Neue Handelsverträge können doch niemals eine bloße Abschrift der früheren sein. Unser Tarif ist viel zu wenig spezialisirt, dadurch sind wir anderen Staaten gegenüber im Nachtheil. Unser neuer autonomer Tarif wird daher mehr spezialisirt werden, und um das zu thun, sind wir gerade bei der Arbeit. — Abg. Graf v. Kanitz (kons.) ist überzeugt, daß sich seiner Zeit keinesfalls eine Mehrheit für eine einfache Verlängerung der gegenwärtigen Handelsverträge finden würde, und der jetzige Tarif habe zu viel Lücken, um in seiner jetzigen Form weiter bestehen zu können. Der Zoll auf Leder sei in unseren Verträgen nicht gebunden, mit alleiniger Ausnahme von Sohlenleder. Wir können also mit Erhöhung des Lederzolls jetzt ungehindert vorgehen. Redner weist insbesondere die Militärbehörden auf die mangelhafte Qualität des Quebracholeders hin. — Abg. Barth (freis. Ver.): Wenn Graf Kanitz meint, es werde sich für die jetzigen oder ähnlichen Handelsverträge keinesfalls hier eine Majorität finden, so möge er doch die Frage der Handelsverträge zur Wahlparole für die nächste Reichstagswahl machen, dann würden jedenfalls mehr von der Linken wiederkehren als von der Rechten (Lachen rechts). — Abg. Mollenbuhr (Soz.) erklärt sich vom Standpunkt der Lederindustriearbeiter gegen den Quebrachoholzzoll und rügt, daß die Einzelstaaten an den Zollerhebungskosten Ersparnisse machten, die sie für sich behielten, statt an das Reich abzuführen. — Schatzsekretär Graf Posadowsky: Wie die Einzelstaaten die ihnen als Entgelt für die Zollerhebung zugewiesenen Pauschquanten und Prozentantheile verwenden, ist ihre Sache und gehört nicht zur Kompetenz des Reichstags. — Unter Ablehnung der Anträge Ulrich und Lenzmann wird die Resolution Hammacher in ihren beiden Theilen, einzelstaatliche Auskunftsstellen über Zolltariffragen, sowie einzelstaatliche Verwaltungsgerichtsbarkeit in Zollstreitsachen, angenommen und der Titel Gehalt des Staatssekretärs bewilligt. Bei dem Titel Beitrag zu den laufenden Ausgaben der Universität Straßburg bringt Abg. Lieber (Centr.) den bekannten Vorgang der Relegation von Studenten in Straßburg zur Sprache. Man dürfe den französischen Hetzern auch nicht einen Schatten von Vorwand geben. Elsässischer Geheimrath Hallen: Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerke ich von vornherein, daß Universitätsbehörden in solchen Disziplinarsachen vollständig selbstständig sind. Die Sache begann ursprünglich mit einem ganz gewöhnlichen Studentenstreich. Ich gebe zu, die Bestrafung war hart; dadurch entstand auch die Erregung der Bevölkerung. Redner giebt dann noch einige nähere Mittheilungen über den Verlauf der Angelegenheit, bei der wegen der Form der letzten Eingabe nunmehr die behördliche Autorität gewahrt erscheine. Die jungen Herren hätten sich schieben lassen, um im Ganzen eine wenig würdige Rolle zu spielen. — Abg. Hoeffel (elsäss. Reichsp.) billigt den Erlaß des Rektors. Im Gegensatz zu Lieber sei er überzeugt, daß die politischen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen nicht schlechter, sondern eher besser geworden seien. Er hoffe, die Straßburger Universität werde nicht blos eine Pflanzstätte deutscher Wissenschaft bleiben, sondern auch eine Brücke zur Versöhnung werden zwischen zwei Völkern, die wirthschaftlich und politisch aufeinander angewiesen seien. — Abg. Lieber (Ctr.) stellt demgegenüber fest, daß nach Angaben eines großen deutschen Blattes die Absonderung der elsässischen jungen Welt von der reichsdeutschen im Wachsen sei. Daß die einheimischen Studenten keine rühmliche Rolle gespielt, gebe er zu, aber die Universitätsbehörde habe keine rühmlichere gespielt. Komme es sonst irgendwo vor, daß ein Senat einen Kompromiß abschließt mit den Studenten? — Der Titel wird sodann genehmigt, ebenso der Rest des Etats. Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern, Extraordinarium. Beim Titel „Betheiligung an der Pariser Weltausstellung 1900", giebt der für diese Ausstellung beurlaubte Kommissar, Geh. Rath Richter, eine Uebersicht über die Gruppenvertheilung u. s. w. Die Plätze für Deutschland würden, selbst wenn alles Beanspruchte bewilligt würde, dennoch ungleich kleiner sein als in Chicago; umsomehr solle man nur Ausstellungswürdiges hinschicken. In Frankreich zähle man geradezu die Personen der Aussteller auf. Wenn das in einem industriell so hervorragenden Lande geschehe, dann solle uns das zur Lehre dienen. — Abg. Lieber (Centr.): Wir erblicken in der Betheiligung Deutschlands an der Ausstellung ein erfreuliches Zeichen der Annäherung beider Nachbarländer. Auch wir glauben, daß die Industrie Deutschlands sich nicht zu schämen hat. — Staatssekretär v. Bötticher: Die französischen Behörden zeigen bei den schwebenden Verhandlungen das denkbar größte Entgegenkommen. Es soll nur Ausstellungswürdiges nach Paris geschickt werden; jedenfalls können wir mit großem Vertrauen nach Paris gehen. — Der Titel wird genehmigt. Bei Titel „Untersuchungen zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche" wünschen die Abgg. Franck-Baden (nl.), Graf zu Inn- und Knyphausen (kons.) und Fritzen (Centr.) wirksame Abwehrmaßregeln. — Staatssekretär v. Bötticher bestreitet, daß über die dänische Grenze auch nur ein einziges mit Maul- und Klauenseuche behaftetes Stück gekommen sei, perlsüchtiges Vieh allerdings, aber deshalb sei es auch schon in den Grenzbezirken Tuberkulin-Import vorgeschrieben. Im vorigen Frühjahr, als in Seeland Maul- und Klauenseuche ausbrach, hat auf vielseitiges Ersuchen Dänemark sofort alle Ausfuhr verboten; überhaupt thut die dänische Regierung alles Erforderliche. Wo wir auch nur das Geringste von Erkrankungen im Auslande erfahren, ordnen wir sofort an der betreffenden Grenze Quarantäne an. Aber viel nöthiger als der Kampf gegen das Ausland, seien die Maßregeln im Inlande. Hier bedarf es energischer Maßnahmen. — Weiterberathung morgen, außerdem Unfallgesetz.

Berlin. Die beiden Häuser des preußischen Landtags hielten heute Sitzung. Das Herrenhaus war stärker besucht als je. Zum Präsidenten wurde der Fürst zu Wied mit 118 Stimmen gewählt, Herzog von Ratibor erhielt 94 Stimmen. Fürst zu Wied nahm die Wahl an. — Das Abgeordnetenhaus führte die erste Lesung des Etats zu Ende. Abg. v. Puttkamer (kons.) erklärte, Graf Limburg habe seine Ausführungen über den Leckert-Lützow-Prozeß im Auftrage der konservativen Partei gemacht, der größten Partei des Hauses, welche patriotische hochkonservative Männer aus allen Theilen Preußens umfasse. Seine Freunde hätten gewünscht, daß der Ministerpräsident nicht mit solcher Leichtigkeit über die Sache hinweggegangen wäre. Seine Freunde erkennen durchaus an, daß die Produktenbörsen eine nothwendige Institution seien, aber sie müßten sich auf die Vermittelung zwischen Produzenten und Konsumenten beschränken. Es sei eine Taktlosigkeit von Richter, so hochachtbare Herren, wie v. Mendel und Graf Arnim mit Schwardt zu vergleichen. Der Beweis für die Behauptung, daß die wirklich gezahlten Getreidepreise hinter den an der Börse notirten um 25 Prozent zurückgeblieben seien, werde noch erbracht werden. Hoffentlich werde es dem Handelsminister gelingen, dem Gesetze Geltung zu verschaffen. Seine Freunde seien gern bereit, an einer etwa nothwendigen Ergänzung des Gesetzes mitzuwirken, etwa durch Einführung des Deklarationszwanges. Abg. Rintelen (Centr.) beklagte sich über Zurücksetzung der Justiz hinter der Verwaltung. Abg. Gamp (freikons.) bemerkte, daß das Ansehen des Richterstandes hauptsächlich durch viele dem gesunden Menschenverstand nicht entsprechende Erkenntnisse gelitten habe. Die Börse werde sich ebenso wie bei früheren Maßnahmen allmählich beruhigen. Die Frage, ob die freien Vereinigungen der Produktenhändler Börsen seien, sei unbedingt zu bejahen. Die Regierung möge diese Frage nur einmal im Verwaltungsgerichtsverfahren zur Entscheidung bringen. Falle dieselbe nicht in seinem Sinne aus, so könne man ja immer noch die Gesetzgebung in Anspruch nehmen. Abg. Gamp wendet sich dann in längerer Ausführung

Meine Firma kennt jedes Kind
**Triumph-Seife**
ist doch die — beste — für Wäsche und Hausfrau